


Öffentliche Gemeinderatssitzung am 30.01.2013 Sitzung Nr. 02/2013
Es folgt eine nichtöffentliche Sitzung

Sitzungsort: großer Sitzungssaal des Rathauses
Sitzungsdauer: 18:30 Uhr bis 19:30 Uhr

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen (Drucksachen Nr. 013/13 – 019/13), die Bestandteil dieses Protokolls sind.



Vorsitzender



Schriftführer

Gemeinderat

Gemeinderat

Sitzungsteilnehmer:

Vorsitzender:
Bürgermeister Holschuh

zusätzlich anwesend

BAL Hahn
RAL Lipps
HAL Feger
Bauhof- und Werkeleiter Wurth

Gemeinderäte:

Beathalter Ralf
Bindner Ludwig
Glatt Rudi
Hansert Erwin
Junker Andrea
Jung Maria
Kühne Gundolf

Lang Manfred
Obert Hubert
Oehler Günther
Oswald Dieter
Schillinger Volker
Seigel Josef
Welde Myriam

entschuldigt:

Broß Michael
Herrmann Rolf-Heinz

entschuldigt:

Rotert Hans-Martin
Trunk Wolfgang



DER BÜRGERMEISTER
DER GEMEINDE
SCHUTTERWALD

Einladung

Datum: 23.01.2013
Sitzungs-Nr.: 02/13

An die Damen und Herren des Gemeinderates von Schutterwald
77746 Schutterwald

Einladung zur Gemeinderatssitzung

Sehr geehrte Damen und Herren,
die nächste Sitzung des Gemeinderates findet am

**Mittwoch, 30.01.2013, ab 18:30 Uhr
im großen Sitzungssaal des Rathauses**

statt.

Zu dieser Sitzung lade ich Sie recht herzlich ein.

Mit freundlichen Grüßen

Martin Holschuh

Öffentlich:

1. Frageviertelstunde (DS 013/2013)
2. Baugesuche (DS 014/2013)
 - 2.1 Neubau Carport und Fahrradunterstellplatz
Ammelsmatt 36, Flst. Nr. 2964/25
3. Baugebiet „Hauptstraße-West“ (DS 015/2013)
hier: Baubeschluss über Feindecke in der Straße „Im Neuen Feld“

- | | |
|---|---------------|
| 4. Änderungssatzung der Satzung zur Erhebung von Kostenersatz für Leistungen der Freiwilligen Feuerwehr Schutterwald; Änderung des Verzeichnisses zur Berechnung des Kostenersatzes | (DS 016/2013) |
| 5. Wahlwerbung im Amtsblatt | (DS 017/2013) |
| 6. Bekanntgabe nichtöffentlicher Beschlüsse | (DS 018/2013) |
| 7. Verschiedenes
- Bekanntgaben, Wünsche und Anträge | (DS 019/2013) |
-
-

Öffentliche Sitzung am 30.01.2013

Drucksache Nr. 013/13

Top 1

Frageviertelstunde

Außer dem Pressevertreter waren keine Besucher anwesend.

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

AZ:
632.6

Amt
Bauamt

Bearbeiter
Frau Spinner

Datum:
23.01.2013

DS-Nr.:
013/2013

Gesehen:

Sitzung des Gemeinderates am 30.01.2013

TOP 02

Baugesuche

2.1 Neubau Carport und Fahrradunterstellplatz

Ammelsmatt 36, Flst. Nr. 2964/25, 77746 Schutterwald

Antragsteller: Hans-Peter und Ulrika Götz

Ammelsmatt 36

77746 Schutterwald

Abstimmungsergebnis:

Einstimmige Zustimmung

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

AZ: Amt
656.21 Bauamt

Bearbeiter
Herr Hahn

Datum: 23.01.2013
DS-Nr.: 015/13

Gesehen:

Sitzung des Gemeinderates am 30.01.2013

TOP 03

Baugebiet 'Hauptstraße-West'
hier: Baubeschluss über Feindecke in der Straße 'Im Neuen Feld'

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der Baubeschluss wird gefasst
Die Arbeiten werden öffentlich ausgeschrieben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmige Zustimmung entsprechend dem Beschlussvorschlag.

Finanzielle Auswirkungen:

Gesamtkosten der Maßnahmen	Veranschlagung im Vermögenshaushalt	über- / außerplanmäßige Ausgaben	Haushaltsstelle
100.000	100.000,-		6300.95012

Sachverhalt/Begründung:

Im Baugebiet wurde bereits im Jahre 2008 die Tragschicht eingebaut. Mit den Grundstückseigentümern wurde vereinbart, dass bei entsprechendem Ausbaustand die Feindecke eingebaut wird. Das Baugebiet ist mittlerweile zu 80% bebaut. Größere Beeinträchtigungen bzw. Beschädigungen durch spätere Baumaßnahmen auf den restlichen freien Grundstücken sind nicht zu erwarten. Die Erschließungskosten (einschl. Straßenfeindecke) wurden von den Eigentümern im Ablöseverfahren bereits bezahlt. Deshalb steht es nun an, die Erschließungsarbeiten mit der Feindecke abzuschließen.

Protokollergänzung:

Auf Nachfrage von Gemeinderat Bindner erläutert BAL Hahn, dass auch bei Schlagregen nicht mit Wasseransammlungen auf der Straße zu rechnen ist. Die Abflussmenge wird durch das Entwässerungssystem bewältigt.

Gemeinderat Glatt weist auf zwei derzeit noch laufende Baumaßnahmen im Baugebiet hin. Er rät, zumindest abzuwarten, bis die Kräne entfernt wurden.

Gemeinderat Beathalter erklärt, dass es auch Entwässerungsrinnen mit eingebautem Gefälle gäbe.

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

AZ: 130.50 Amt: Rechnungsamt Bearbeiter: Herr Sexauer Datum: 21.01.2013 DS-Nr.: 016/2013 Gesehen:

Sitzung des Gemeinderates am 30.01.2013

TOP 4

Änderungssatzung der Satzung zur Erhebung von Kostenersatz für Leistungen der Freiwilligen Feuerwehr Schutterwald; Änderung des Verzeichnisses zur Berechnung des Kostenersatzes

frühere Beratungen

GR

Sitzungstermin

20.06.2012

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Die Änderungssatzung zur Regelung des Kostenersatzes für Leistungen der Freiwilligen Feuerwehr Schutterwald inklusive des „Verzeichnis zur Berechnung des Kostenersatzes“ wird in der vorliegenden Fassung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmige Zustimmung entsprechend dem Beschlussvorschlag.

Sachverhalt/Begründung:

In der öffentlichen Sitzung vom 20.06.2012 TOP 5 wurde die „Satzung zur Erhebung von Kostenersatz für Leistungen der Freiwilligen Feuerwehr Schutterwald“ zusammen mit dem „Verzeichnis zur Berechnung des Kostenersatzes“ (nach § 4 der Satzung wesentlicher Bestandteil der Satzung) neu beschlossen. Dem Beschluss lag eine Kalkulation zugrunde, welche die Ergebnisse des Haushaltsjahres 2011 berücksichtigte.

In der letzten öffentlichen GR-Sitzung am 16.01.2013 TOP 6 wurde die Änderung der Feuerwehrentschädigungssatzung beschlossen. Die Entschädigungen für die Einsatzstunden sind somit höher als die festgelegten Kostenersatzesätze. Das Verzeichnisses zur Berechnung des Kostenersatzes und die Änderung der Kostenersatzsatzung muss den aktuellen Sätzen angepasst werden.

Da die Abschlusszahlen für das Haushaltsjahr 2012 noch nicht vorliegen, wird auf eine neue Kalkulation verzichtet und lediglich die vorhandene Kalkulation der Gebührenobergrenze mit den neuen Entschädigungssätzen ergänzt (**Anlage 2**).

Die Verwaltung schlägt vor, den Kostenersatz mit der Änderungssatzung pro Einsatzstunde von 8,50 € auf 10,80 € (incl. Verwaltungskostenanteil) und den Zuschlag für

die Einsätze mit besonderer Verschmutzung und/oder Atemschutz auf 2,00 € pro Stunde anzuheben (**Anlage 1**).

Protokollergänzung:

Gemeinderat Seigel verdeutlicht, dass jetzt umgesetzt wird, was in der letzten Sitzung beschlossen wurde. Er will wissen, weshalb die Änderung erst zum 01.02.2013 gilt.

Laut RAL Lipps wäre ein rückwirkendes Inkraftsetzen zum 01.01.2013 rechtlich problematisch.



Anlage 01 zu TOP 04 der
ö GR-Sitzung am 30.1.2013

Gemeinde: SCHUTTERWALD
Landkreis: ORTENAUKREIS

**Satzung zur Änderung der Satzung zur Regelung des Kostenersatzes
für Leistungen der Freiwilligen Feuerwehr Schutterwald
– Feuerwehrkostenersatz-Satzung – (FWKeS)**

Aufgrund von § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg in der Fassung vom 24. Juli 2000 in Verbindung mit §§ 26 und 34 des Feuerwehrgesetzes für Baden-Württemberg in der Fassung vom 02. März 2010 hat der Gemeinderat in der öffentlichen Sitzung am 30. Januar 2013 folgende Änderungssatzung der Satzung zur Regelung des Kostenersatzes für Leistungen der Freiwilligen Feuerwehr Schutterwald beschlossen:

Artikel 1

Die Anlage der Satzung, das Verzeichnis zur Berechnung des Kostenersatzes, wird durch das beigegefügte neue Verzeichnis ersetzt.

Artikel 2
Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 01.02.2013 in Kraft.

Hinweis: Eine etwaige Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg oder auf Grund der Gemeindeordnung beim Zustandekommen dieser Satzung wird nach § 4 Abs. 4 Gemeindeordnung unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich innerhalb eines Jahres seit der Bekanntmachung dieser Satzung gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden ist; der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist zu bezeichnen. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind.

Schutterwald, den 30.01.2013
Holschuh, Bürgermeister

Verzeichnis zur Berechnung des Kostenersatzes

Für die Leistungen der Freiwilligen Feuerwehr Schutterwald werden folgende Kostenersatzsätze erhoben:

1. Personalkosten

1.1	Einsätze je Feuerwehrmann	10,80 € pro Stunde
1.2	Zuschlag für Einsätze mit besonderer Gefährdung, Verschmutzung und bei notwendigem Atemschutz (insbesondere Brandeinsätze, Ölunfälle, gefährliche Stoffe und Güter):	2,00 € pro Stunde
1.3	Feuersicherheitsdienst (Brandwache, Sicherheitswache, Bereitschaft etc.)	10,80 € pro Stunde

2. Fahrzeugkosten einschl. eingebauter Geräte und Beladung, ohne Personal

Fahrzeugart	Fahrtkosten	Betriebskosten
2.1 Tanklöschfahrzeug	0,50 €/km	14,15 € pro Stunde
2.2 Mannschaftstransportwagen	0,14 €/km	7,80 € pro Stunde
2.3 Privatfahrzeuge	0,35 €/km	-, -- € pro Stunde

3. Fremdkosten

Soweit ein Einsatz bei uns Fremdkosten verursacht (z.B. Ölbindemittel, Schaummaterial, Löschpulver, Reinigung von AT-Masken, Flammschutzhauben und Imkeranzügen, das Wiederbefüllen von AT-Flaschen, Wespenex, Schlauchtrocknung/-reparatur, Kleiderreinigung/-neuimprägnierung, sonstige Reparaturen und Ersatzbeschaffungen usw.) werden diese dem Verursacher zum Beschaffungspreis bzw. zu den Aufwandskosten in Rechnung gestellt.

4. Außergewöhnliche Beanspruchung

Bei außergewöhnlicher Beanspruchung von Geräten können Abnutzungskosten bis zur Höhe des Zeitwertes berechnet werden.

Schutterwald, den 30.01.2013

auf der Basis der Ergebnisse 2011 und den planbaren Veränderungen

[illegible]

Für die Entschädigung von Fahrten mit dem Privatfahrzeug zum Einsatzort wird der Entschädigungssatz für Dienstfahrten mit einem Privat-Pkw aus dem kommunalen Bereich herangezogen. Derzeit beträgt der Satz 0,35 € pro km.

28.02.13

☒ öffentlich
☐ nichtöffentlich

AZ: Amt
047.12 Hauptamt

Bearbeiter
Frau Binder

Datum: DS-Nr.:
22.01.2013 17/2013

Gesehen:

Sitzung des Gemeinderates am 30.01.2013

TOP 05

Wahlwerbung im Amtsblatt

frühere Beratungen

Gemeinderat ö
Gemeinderat ö

Sitzungstermin

19.12.2007
16.01.2013

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Wird in der Sitzung vorgetragen

Beschlussergänzung:

- 1.) Im Amtsblatt werden für Wahlwerbezwecke Beileger (Flyer) zugelassen.
- 2.) Wahlwerbung ist nur im Zeitraum von sechs Wochen vor der Wahl bis eine Woche vor der Wahl erlaubt.
- 3.) Hinweise auf Veranstaltungen von Parteien, Wählervereinigungen u.a. sind das ganze Jahr über immer zulässig.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitliche Zustimmung entsprechend der Beschlussergänzung bei drei Gegenstimmen. Gemeinderat Kühne ist befangen und rückt bei der Beratung des Tagesordnungspunktes in den Zuschauerraum.

Sachverhalt/Begründung:

Seit 01.01.2008 werden die Herstellung und der Vertrieb des Amtsblattes der Gemeinde von der Fa. Topcom GmbH & Co. KG, Schutterwald, übernommen. Der Gemeinderat beschloss die Vergabe am 19.12.2007.

In § 9.4 des Vertrages mit der Fa. Topcom heißt es dass Werbeanzeigen, Privatanzeigen und Anzeigen örtlicher Personenvereinigungen, mit Ausnahme von Anzeigen zur Wahlpropaganda aufgenommen werden.

In § 9.5 heißt es, dass sonstige Mitteilungen von allgemeinem Interesse aufgenommen werden. Über die Aufnahme entscheidet die Gemeinde. Ausgeschlossen sind tagespolitische Beiträge sowie Beiträge, die gegen gesetzliche Vorschriften, die guten Sitten oder die Interessen der Gemeinde verstoßen.

Nach § 7 ist Werbung, Zustellung und Vertrieb Sache des Verlags.

Nach § 9.4 dürfte Wahlwerbung eigentlich nicht ins Amtsblatt aufgenommen werden. Diese Regelung wurde in der Vergangenheit jedoch teilweise nicht konsequent umgesetzt.

Beispielsweise war es den Kandidaten bei den Bürgermeisterwahlen im Jahr 2011 erlaubt, Anzeigen im Amtsblatt zu schalten. Bei der Landtagswahl 2011 wurden Flyer mit dem Amtsblatt verteilt. Auch bei den Kommunalwahlen 2009 (Gemeinderatswahlen) wurden Anzeigen geschaltet.

Aus Sicht der Verwaltung besteht Klärungsbedarf, wie künftig mit Wahlwerbung im Amtsblatt umgegangen werden soll.

Der Tagesordnungspunkt wurde in der Gemeinderatssitzung am 16.01.2013 vertagt.

Zur Klärung der aufgeworfenen Fragen kann folgendes mitgeteilt werden:

- Widerspruchsrecht nach § 34 Meldegesetz: Nach § 34 Meldegesetz darf die Meldebehörde „Parteien und anderen Trägern von Wahlvorschlägen im Zusammenhang mit allgemeinen Wahlen zu parlamentarischen und kommunalen Vertretungskörperschaften, allgemeinen Abstimmungen, Volks- und Bürgerbegehren in den sechs vorangehenden Monaten Auskunft aus dem Melderegister über die in § 32 Abs. 1 bezeichneten Daten von Gruppen von Wahl- oder Stimmberechtigten erteilen, für deren Zusammensetzung das Lebensalter der Betroffenen bestimmend ist“ [...] „Die Betroffenen haben das Recht, der Auskunftserteilung oder der Nutzung nach Satz 1 zu widersprechen.“ § 34 Abs. 1 Meldegesetz regelt Gruppenauskünfte an Parteien etc. durch die Meldebehörde. Bei einem Widerspruch darf die Meldebehörde bei einer entsprechenden Anfrage der Parteien etc. diese personenbezogene Auskunft nicht geben. Somit hat der Widersprechende keinen Anspruch darauf, von anderer Seite (Amtsblatt) keine Wahlwerbung zu erhalten.
- Aufkleber „Keine Werbung“ am Briefkasten: Wenn kostenlose Anzeigenblätter auch einen redaktionellen Teil enthalten, reicht der Hinweis „Keine Werbung“ auf dem Briefkasten allein nicht aus. Deshalb ist ein besonderer Hinweis anzubringen, dass auch keine Anzeigenblätter gewünscht werden oder die jeweilige Redaktion ist in einem Schreiben darauf nachweisbar hinzuweisen. Werbebeilagen von Zeitungen oder Zeitschriften sind jedoch deren Bestandteil und können somit nicht einzeln zurückgewiesen werden (OLG Karlsruhe, Urteil vom 12.07.1991, AZ: 15 U 76/91). Das Amtsblatt wird als Ganzes inklusive Anzeigen und Werbung abonniert. Der Ausschluss von Werbung bzw. von Wahlwerbung ist nicht möglich.
- Handhabung von Wahlwerbung in den umliegenden Gemeinden:
 - Amtsblatt Neuried keine Wahlwerbung erlaubt, nur Hinweise auf Veranstaltungen
 - Offenblatt Offenburg: politisches Meinungsforum der Fraktionen im „Offenblatt“ 14-tägig (dort jedoch nie Kandidatenwerbung zulässig), Parteienwerbung zulässig (gleiche Größe), Wahlwerbung für Bundes- und Landestag wird zugelassen, bei Kommunalwahlen wird für einen bestimmten Zeitraum um den Wahltag selbst Wahlwerbung sowie auch das Meinungsforum der Fraktionen nicht zugelassen
 - Amtsblatt Hohberg: generell keine Wahlwerbung
 - Ortenberg: Hinweise auf Veranstaltungen sind zulässig, Wahlanzeigen im Anzeigenteil oder Beilagen sind möglich
 - Durbach: Hinweise auf Veranstaltungen sind zulässig, Wahlwerbung ist im Anzeigenteil zulässig
 - Gengenbach: Zulässigkeit von Wahlwerbung von Parteien und politischen Vereinigungen sechs bis eine Woche vor den Wahlen, Hinweise auf Veranstaltungen immer zulässig.

Der Gemeindetag hat 2005 Hinweise für die Handhabung von Wahlwerbung in Amtsblättern gegeben (**Anlage 1**). Veröffentlichungen von Parteien und Wählervereinigungen im redaktionellen Teil des Amtsblattes sind grundsätzlich nicht untersagt; über den Umfang und die Zulässigkeit entscheidet der Gemeinderat. Entscheidet sich die Gemeinde, das Amtsblatt auch für Zwecke der Parteien oder Kandidaten zur Verfügung zu stellen, ist die Gemeinde verpflichtet, strikte Neutralität zu wahren. Dies setzt zunächst eine klare Trennung zwischen dem amtlichen Teil und den übrigen Teilen (nichtamtlicher Teil, Anzeigenteil) voraus. Dem Neutralitätsgebot wird genügt, wenn die Anzeigen hinreichend erkennen lassen, dass sie nicht von der das Amtsblatt herausgebenden Gemeinde stammen. Zudem muss die Gewähr dafür geboten werden, dass jede an der Wahl beteiligte politische Gruppe bzw. jeder beteiligte Kandidat entsprechend im Amtsblatt zu Wort kommt. Wenn sich eine Gemeinde entschließt, Wahlwerbung und / oder -anzeigen aufzunehmen, so muss dies allen am Wahlkampf beteiligten Gruppierungen bzw. Bewerbern bekannt gegeben werden. Es ist auch zulässig, dass die Gemeinde ablehnt, Wahlwerbung/-anzeigen im Amtsblatt aufzunehmen. Vor politischen Wahlen muss auf absolute Zurückhaltung und Gleichberechtigung geachtet werden.

Das Kommunalrechtsamt des Landratsamtes Ortenaukreis weist besonders auf die Einhaltung des Gleichheitsgrundsatzes hin. Problematisch könnte sich die Regelung auswirken, unter Vereinsnachrichten kostenlos auf Ort, Zeit und Thema einer Veranstaltung hinzuweisen. Dies müsste nicht nur den ortsansässigen politischen Parteien und Wählervereinigungen eingeräumt werden, sondern generell allen Parteien, sofern dies angefragt wird.

Es gibt durchaus Argumente, die für eine Freigabe von Wahlwerbung sprechen. Beispielsweise kann es sinnvoll sein, den politisch Tätigen eine Plattform zum Meinungsaustausch zu geben. Die Bürgerinnen und Bürger können sich so aus erster Hand über die Wahlziele und Programme der örtlichen Parteien und Wählervereinigungen informieren. Dadurch wird der politische Willensbildungsprozess der Bürgerinnen und Bürger gestärkt. Klar ist aber auch, dass dann **alle Parteien und Wählervereinigungen** die gleichen Rechte bekommen und im Amtsblatt inserieren bzw. über das Amtsblatt Flyer verteilen können.

Es gibt jedoch auch gute Argumente für eine Beibehaltung der bestehenden Regelung und konsequente Umsetzung. Oberstes Ziel ist aus Sicht der Verwaltung, die Rechtssicherheit der Wahlen zu gewährleisten. Dieses Ziel ist durch die Freigabe von Wahlwerbung zwar nicht zwangsläufig beeinträchtigt, aber durch das Zulassen von Wahlwerbung eröffnet sich die Möglichkeit von Anzeigen, die das Neutralitätsgebot der Gemeinde verletzen. Lässt die Gemeinde Wahlwerbung gar nicht erst zu, schließt sie Anfechtungsgründe aus diesem Bereich von vorn herein aus. Strikte Neutralität sollte gerade in Zusammenhang mit Wahlen oberstes Prinzip der Gemeinde sein.

Protokollergänzung:

Für Bürgermeister Holschuh ist die Rechtssicherheit von Wahlen ein sehr hohes Gut. Er tendiert deshalb dafür, Wahlwerbung grundsätzlich im Amtsblatt nicht zuzulassen.

Gemeinderätin Jung verdeutlicht, dass das relativ günstige Amtsblatt Werbung für die Bürger ermöglicht. Sie hat keine Probleme mit Wahlwerbung, wenn die Trennung zwischen amtlichem Teil und Anzeigenteil deutlich ist. Wahlwerbung sollte man nicht grundsätzlich zulassen, sondern mit einem Zeitfenster vor den Wahlen zum Beispiel wie in Gegenbach. Wahlwerbung als Anzeigen im Amtsblatt will sie nicht, sondern nur Beileger (Flyer).

Laut Gemeinderat Oehler haben heute alle politischen Gruppierungen Probleme, Wahlwerbung selbst zu verteilen. Über das Amtsblatt ist dies sehr einfach und relativ kostengünstig möglich. Er schlägt folgende Regelung vor:

- 1.) Keine Wahlwerbeanzeigen im Amtsblatt
- 2.) Hinweise auf Veranstaltungen sind immer zulässig
- 3.) Wahlwerbung mit Beilegern (Flyer) wird ermöglicht, die Beileger müssen aber deutlich machen, von wem sie sind.
- 4.) Wahlwerbung sollte nur im Zeitraum von etwa 6 – 8 Wochen bis 1 Woche vor dem Wahltermin zugelassen werden.

Für Gemeinderat Lang war die bisherige Regelung klar: Keine Wahlwerbung. Diese hält er für sinnvoll. Sie sollte weiter bestehen bleiben, insbesondere wegen der Rechtssicherheit. Mittlerweile gibt es dubiose Gruppierungen, z.B. die Nein-Sager, deren Programm es ist, nicht zu wählen. Eine Werbung von diesen hat seiner Ansicht nach im Amtsblatt nichts verloren. Diese würde eher zur Verwirrung beitragen. Es sollte keinesfalls der Verdacht entstehen, dass die Gemeinde für eine solche Gruppierung wirbt.

Auch Gemeinderat Oschwald ist strikt für ein Wahlwerbeverbot. Das NÖB hat bisher ihre Wahlwerbung immer selbst von Hand verteilt. Bei der letzten Wahl war zwei Tage vor der Wahl ein Flyer von drei Gemeinderatsfraktionen im Blättle. Dies fand er problematisch.

Gemeinderat Obert merkt zum Thema Rechtssicherheit an, dass auch z.B. im Straßenverkehr, selbst wenn sich alle an die Regeln halten, etwas passieren kann. Im Übrigen ist das Leben an sich auch lebensgefährlich.

Gemeinderat Bindner findet, der Gemeinderat hat nicht das Recht, jemand von Wahlwerbung auszuschließen. Wer auf dem Wahlzettel steht, der darf auch mit Flyern im Amtsblatt werben.

Bürgermeister Holschuh ergänzt, dass die Entscheidung über die Zulassung zur Wahl oftmals erst vier Wochen vor der Wahl fällt (z.B. bei Bürgermeisterwahlen). Dies sollte bei einem eventuellen Wahlwerbungszeitraum berücksichtigt werden.

Gemeinderat Schillinger spricht sich für Wahlwerbung in einem begrenzten Zeitraum aus.

Zum Abschluss formuliert der Vorsitzende die Beschlussänderung und lässt hierüber abstimmen.

Anlage 1
zu TOP 5 ö
GR 30.01.2013

Die Praxis in den Städten und Gemeinden bezüglich des Veröffentlichungsrechts von Parteien und Wählervereinigungen sowie von Fraktionen des Gemeinderats im redaktionellen Teil ist sehr unterschiedlich. Es gibt Städte und Gemeinden, die haben den Parteien und Wählervereinigungen wie den örtlichen Vereinen ein umfassendes Recht auf Berichterstattung im Amtsblatt eingeräumt. Andere unterscheiden bei den Veröffentlichungen zwischen den politischen Vereinigungen und den sonstigen Vereinen; gegebenenfalls ist den politischen Vereinigungen lediglich das Recht eingeräumt, Veranstaltungshinweise zu veröffentlichen.

• Wahlwerbung

Veröffentlichungen von Parteien und Wählervereinigungen im redaktionellen Teil des Amtsblattes sind grundsätzlich nicht untersagt; über den Umfang (nur Veranstaltungshinweise oder auch -berichte, Wahlanzeigen?) und die Zulässigkeit entscheidet der Gemeinderat. Das gilt auch für Zeiten des Wahlkampfes.

Entscheidet sich die Gemeinde, das Amtsblatt auch für Zwecke der Parteien oder der Kandidaten (zum Beispiel für Bürgermeisterwahlen) zur Verfügung zu stellen, dann ist die Gemeinde jedoch in solchen Zeiten verpflichtet, sich jeder parteiergreifenden Einwirkung auf die Wahl zu enthalten und muss strikte Neutralität walten lassen. Das setzt zunächst eine klare Trennung zwischen den von der Gemeindeverwaltung zu verantwortenden Teilen (öffentliche Bekanntmachungen, amtliche Mitteilungen und Nachrichten) und den übrigen Teilen – nichtamtlicher Teil bzw. Anzeigenteil – voraus.

Dem Neutralitätsgebot wird auf jeden Fall genügt, wenn die Anzeigen hinreichend erkennen lassen, dass sie nicht von der das Amtsblatt herausgebenden Gemeinde stammen. Eine Wahlanzeige im Amtsblatt würde einen Verstoß gegen den Neutralitätsgrundsatz darstellen, wenn ihr Inhalt und ihre Platzierung – auch unbewusst – den Eindruck entstehen lassen würde, es handle sich um eine Äußerung von amtlichen Organen der Gemeinde (Amtsträgern) zugunsten des Wahlbewerbers, die sie in amtlicher Eigenschaft abgegeben haben.

Es ist öffentlichen Amtsträgern verwehrt, in amtlicher Funktion auf den Meinungsbildungsprozess der Wähler zugunsten

einzelner Bewerber oder Parteien Einfluss zu nehmen. Amtsträger i. d. S. sind zum Beispiel der Bürgermeister, der Vorsitzende des Wahlausschusses, der Gemeinderat als Organ. Das einzelne Gemeinderatsmitglied wiederum ist – anders als Staatsorgane und Gemeindeorgane – in der Regel nicht zur Neutralität im (Bürgermeister)-Wahlkampf verpflichtet. Seine Meinungsäußerung ist daher von den Gerichten grundsätzlich nicht als unzulässige Wahlbeeinflussung eingestuft worden, solange sie sich im Rahmen der allgemeinen Gesetze hält (VGH Baden-Württemberg, Beschluss vom 30.1.1997, Az. 1 S 1748/96). Ebenso ist es den Inhabern von öffentlichen Ämtern nicht untersagt, in nichtamtlicher Eigenschaft etwa als Mitglieder und Funktionäre einer politischen Partei oder als Privatpersonen am Wahlkampf teilzunehmen (VG Stuttgart, Urteil vom 13.2.1997, Az. 9 K 5307/96).

Zudem muss die Gemeinde Vorkehrungen treffen, die die Gewähr dafür bieten, dass jede an der Wahl beteiligte politische Gruppe bzw. jeder beteiligte Kandidat (Mehrheitswahl) entsprechend im Amtsblatt zu Wort kommt. Unterlässt sie es, entsprechende Regelungen zu treffen, und erscheint infolgedessen im Amtsblatt nur die Wahlwerbung bestimmter Bewerber, Parteien und Wählervereinigungen, so kann dies in seiner Auswirkung einer einseitigen Unterstützung dieser Personen oder Wählervereinigung durch die Gemeinde gleichkommen.

Wenn sich eine Gemeinde entschließt, Wahlwerbung und/oder Wahlanzeigen aufzunehmen, so müsste sie dies den am Wahlkampf beteiligten Gruppierungen bzw. den Bewerbern gegenüber bekannt geben. Unter Umständen, abhängig vom jeweiligen Einzelfall, könnte es auch geboten sein, die Absicht einzelner Bewerber bzw. Parteien oder Wählervereinigungen, von der Möglichkeit der Wahlwerbung im Amtsblatt Gebrauch zu machen, auch den anderen mitzuteilen, damit sie sich entsprechend entscheiden können. Das vom Bundesverfassungsgericht anerkannte Grundrecht der politischen Parteien auf Chancengleichheit, wäre auch dann verletzt, wenn eine Gruppierung im Unterschied zu anderen von der Inanspruchnahme des Amtsblatts für die Wahlwerbung ausdrücklich ausgeschlossen wird. Eine unzulässige Wahlbeeinflussung durch eine Veröffentlichung im gemeind-

lichen Amtsblatt liegt auch dann vor, wenn die Wahlbeeinflussung nicht beabsichtigt war, aber der aufgeschlossene Durchschnittswähler eine – mehrdeutige – Aussage als Wahlempfehlung zugunsten eines bestimmten Bewerbers verstehen wird (VGH Baden-Württemberg, Urteil vom 17.2.1992, BWGZ 1995, Seite 335).

Die in den zitierten Urteilen aufgestellten Grundsätze für die Veröffentlichung von Wahlwerbung lassen es gerechtfertigt erscheinen, dass es die Gemeinden überhaupt ablehnen könnten, Wahlwerbung und/oder Wahlanzeigen in das Amtsblatt aufzunehmen (vergleiche auch Abschnitt „Grundsätze über den Inhalt eines Amtsblatts“, Seite 499). Mindestens aber vor politischen Wahlen muss wohl größte Zurückhaltung geübt bzw. auf absolute Gleichbehandlung streng geachtet werden. Die Praxis in den Städten und Gemeinden ist auch hier sehr unterschiedlich.

• Leserzuschriften

Der Gemeinderat kann auch festlegen, dass Leserzuschriften in das Amtsblatt aufgenommen werden. Diese müssen sich dem Charakter des Amtsblatts entsprechend auf Zuschriften zu örtlichen Angelegenheiten beschränken. Die Erfahrungen der Gemeinden mit Leserzuschriften sind sehr unterschiedlich. Manche Gemeinden klagen darüber, dass bei einer Aufnahme von Leserzuschriften das Amtsblatt rasch zu einer Plattform polemischer Auseinandersetzungen verschiedener Interessengruppen in der Gemeinde wird. Dies könnte rechtfertigen, dass solche Beiträge nicht oder erst nach vorheriger Prüfung durch den verantwortlichen Redakteur aufgenommen werden.

• Sonstiger redaktioneller Teil

In diese Rubrik können Hinweise über die neue Gesetzgebung und Rechtsprechung sowie ortskundliche Beiträge aufgenommen werden.

• Anzeigen

Der Anzeigenteil ist zu kennzeichnen, soweit die Anzeigen nicht schon durch Anordnung oder Aufmachung allgemein als solche zu erkennen sind (§ 10 LPressG). Die Gemeinde kann grundsätzlich frei darüber entscheiden, ob und in welchem Umfang sie das Amtsblatt für Anzeigen, seien sie geschäftlicher oder politischer Art, zur Verfügung stellen will. Eine Einschränkung besteht nur insofern, als die

Gemeinde Schutterwald

Beschluss

☒ öffentlich
☐ nichtöffentlich

AZ:	Amt	Bearbeiter	Datum:	DS-Nr.:	Gesehen:
022.3	Hauptamt	Frau Gießler	23.01.2013	018/2013	

Sitzung des Gemeinderates am 16.01.2013

TOP 06

Bekanntgabe nichtöffentlicher Beschlüsse

Sitzung vom 16.01.2013

Der Gemeinderat traf die Entscheidung über eine Stellenbesetzung im Bauhof.

TOP 7

Verschiedenes

- Bekanntgaben, Wünsche und Anträge

Einladung Eurodistrikt

Die Einladung des Eurodistrikts zur Veranstaltung in Appenweiler wurde an die Gemeinderäte versandt. Wer zur Veranstaltung mit möchte, soll sich beim Bürgermeister melden.

Abholzung im Bruch

Gemeinderätin Junker will wissen, weshalb im Bruch massiv abgeholzt wird. Laut Gemeinderat Oswald ist dort ein Schutzgebiet für den sehr selten gewordenen großen Brachvogel. Für dieses Tier gibt es das Leitbild „offene Wiesenlandschaft“. Ein Entwicklungskonzept wurde erarbeitet. In der Vergangenheit war für die Umsetzung dieses Konzepts kein Geld da, was jetzt aber der Fall ist. Deshalb wurden massiv Bäume, Weiden und große Hecken zur Wiederherstellung dieser offenen Wiesenlandschaft abgeholzt. Der Hintergrund ist, dass auf hohen Gehölzen Raubvögel auf Beute lauern und den Brachvogel gefährden würden.

Gemeinderat Seigel ergänzt, dass es für den großen Brachvogel seit 1977 ein Schutzprogramm gibt. Hierfür wurde vom Ministerium viel Geld ausgegeben. Seiner Ansicht nach müsste in dieser Sache noch viel mehr unternommen werden, z.B. wäre auch wichtig, die Wassergräben offen zu halten. Sollte die jetzige Maßnahme zu Verbesserungen führen, soll ihm dies aber Recht sein.

Schließlich weist BAL Hahn noch darauf hin, dass auch in den neuen Matten die dortigen Teichbiotope mittlerweile frei geschnitten werden.

Energiespar- und Entsiegelungsprogramm 2013

Auf Nachfrage von Gemeinderat Glatt erläutert BAL Hahn, dass die Programme demnächst auf die Tagesordnung kommen. Die Beschlussfassung hat sich etwas verzögert, weil die KfW kurzfristig im Januar ihr Programm noch einmal änderte. Das Programm der Gemeinde soll an das KfW-Programm angepasst sein.

Ortenauer Kreisputzede

Gemeinderat Glatt will wissen, ob es für die Putzede Beteiligte aus der Gemeinde gibt. Laut Bürgermeister wurde im Blättle mehrfach hierauf hingewiesen. Es haben sich auch bereits mehrere gemeldet, die teilnehmen wollen.

Zebrastreifen Bahnhofstraße

Auf Nachfrage von Gemeinderat Lang sagt BAL Hahn, dass dieses Thema demnächst im Gemeinderat diskutiert werden wird.

Blumenwiesen gegen Bienensterben

Gemeinderat Lang berichtet von einem derzeit großflächig laufenden Film zum Thema Bienensterben. Die Gemeinde könnte hier einen Beitrag leisten, indem sie Wildblumenwiesen z.B. als Straßenbegleitgrün anlegt. Diese Wiesen brauchen wenig Pflege, sie samen sich immer wieder selbst aus.

Laut BuWL Wurth wird die Gemeinde diesen Vorschlag aufgreifen und z.B. im Bereich Seerundweg Wildblumenwiesen anlegen.

Laut Gemeinderat Seigel gibt es hierzu auch für Landwirte Förderung vom Landwirtschaftsamt.



Chers Maires des communes de l'Eurodistrict,
chers Membres du Conseil de l'Eurodistrict,

dans le cadre du projet de « Démocratie locale
sans frontières » de l'Eurodistrict Strasbourg-
Ortenau aura lieu prochainement une première

**Rencontre entre les citoyens, les maires et les
élus de l'Eurodistrict**

**le jeudi 14 mars de 18:00 à 21h30 à la
Schwarzwaldhalle d'Appenweier**

Cette rencontre permettra aux maires et aux
membres du Conseil de l'Eurodistrict d'échanger
directement avec les citoyens. La société civile sera
en mesure d'exprimer ses souhaits et ses idées de
projets et pourra discuter des possibilités de
développement de notre région frontalière.

Vous êtes cordialement invités à venir participer à
cette manifestation, dont le succès dépendra pour
partie de la participation des maires et des élus de
l'Eurodistrict.

Aussi nous vous invitons d'ores et déjà à noter
cette date dans vos agendas.

Nous demanderons aux maires de venir
accompagnés par 4 ou 5 citoyens de leur
commune qui s'intéressent aux questions
transfrontalières. L'objectif est d'obtenir un panel
représentatif de la société civile, en privilégiant les
jeunes et les citoyens qui ne sont pas forcément
déjà impliqués dans la vie politique locale.

Nous vous communiquerons davantage de détails
très prochainement.

Sehr geehrte Bürgermeister der Gemeinden des
Eurodistrikts, sehr geehrte Mitglieder des
Eurodistriktrats,

im Rahmen seines Projekts „Grenzenlose
Lokaldemokratie“ veranstaltet der Eurodistrikt
Strasbourg-Ortenau erstmalig

den Eurodistriktkonvent

**am Donnerstag, 14. März, von 18:00 bis 21:30
Uhr in der Schwarzwaldhalle in Appenweier**

Diese Begegnung wird einen direkten Austausch
zwischen den Ratsmitgliedern, den Bürgermeistern
und den Bürgerinnen und Bürgern des
Eurodistrikts ermöglichen. Die Zivilgesellschaft wird
ihre Wünsche und Projektideen vorbringen können
und insgesamt über Möglichkeiten für die weitere
Entwicklung unserer Grenzregion diskutieren
können.

Sie sind herzlich eingeladen, an dieser
Veranstaltung teilzunehmen. Der Erfolg der
Veranstaltung hängt maßgeblich von der
Beteiligung der Bürgermeister und Ratsmitglieder
des Eurodistrikts ab.

Wir bitten Sie daher das Datum schon heute in
Ihrem Terminkalender zu vermerken.

Jeder Bürgermeister wird zudem gebeten werden
drei bis fünf Vertreter der Zivilgesellschaft aus
seiner Gemeinde mitzubringen, und zwar keine
Gemeinderatsmitglieder oder Mitglieder politischer
Gremien, sondern Bürgerinnen oder Bürger, die
sich für grenzüberschreitende Themen
interessieren. Es liegt uns am Herzen eine
repräsentative Teilnehmergruppe
zusammenzubringen, insbesondere auch junge
Menschen.

Wir werden Ihnen in Kürze genauere Informationen
senden.

Bien à vous / Mit freundlichen Grüßen

Simon FATH

Responsable évènementiel et communication
Referent Veranstaltungen und Öffentlichkeitsarbeit



GECT Eurodistrict Strasbourg-Ortenau
EVTZ Eurodistrikt Strasbourg-Ortenau
Tel : +49 (0)7851-899 75 15
Mobile : +33 (0)7 86 83 30 22
Mail : simon.fath@eurodistrict.eu
Web: www.eurodistrict.eu

<https://www.facebook.com/EurodistrictStrasbourgOrtenau>